

Die Vorschläge von Präsident Macron im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion

Die Staatsschuldenkrise, die den Euro 2011 ins Wanken geraten ließ, ist in Griechenland auf Misswirtschaft zurückzuführen. In Irland, Spanien und Portugal stieg die Staatsverschuldung aufgrund wirtschaftlicher Ungleichgewichte (Immobilienblasen in den beiden ersten Ländern, Handelsbilanzdefizit im letzten), die durch die Krise von 2008 noch verschärft wurden. In diesem Zusammenhang scheint das EU-Vertragsverletzungsverfahren („Blauer Brief aus Brüssel“) – wie im Vertrag von Maastricht und im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegt worden ist – keine adäquate Lösung zu sein. Darüber hinaus spielt das 2011 eingeführte Verfahren gegen makroökonomische Ungleichgewichte nur eine präventive Rolle. Ebenso kann der 2012 geschaffene Stabilitätsmechanismus nur im Falle eines systemischen Risikos für die einheitliche Währung eingreifen. Der Meinung vieler Ökonomen folgend hat Präsident Macron vorgeschlagen, dass ein Haushalt des Euro- Währungsgebiets, der von einem europäischen Finanzminister verwaltet und von einer parlamentarischen Vertretung kontrolliert wird, die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten durch Strukturinvestitionen näherbringt und durch wirtschaftliche Impulse asymmetrische Schocks dämpft. Die umverteilende und föderalistische Dimension dieser Instrumente macht der Mehrheit der europäischen Partner weiterhin Angst.